

II-982 bis II-996 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6061J bis 6201J

1991-02-28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pable, Mag. Haupt, Motter
an den Bundeskanzler *)
betreffend Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden

In öffentlichen Gebäuden, wie z.B. in den Gängen und Warteräumen von Gerichten, Finanz- und Arbeitsämtern, Wachtstuben usw., die oftmals nicht einmal belüftbar sind, herrschen unbeschreiblich schlechte Luftverhältnisse durch das undisziplinierte Verhalten von Rauchern. Unter dem Titel "Indoor Pollution" meldet die Zeitschrift "Umweltschutz" 2/1990, daß der Verein Deutscher Ingenieure sog. MIK-Werte für die maximale Immissions- bzw. Innenraumkonzentration festgesetzt habe und daß an der Indoor Pollution das Tabakrauchen stark beteiligt sei. Es wäre also im Interesse der Volksgesundheit höchste Zeit, in öffentlichen Gebäuden ein allgemeines Rauchverbot einzuführen bzw. durchzusetzen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Maßnahmen zur Einführung bzw. Durchsetzung eines allgemeinen Rauchverbotes in öffentlichen Gebäuden wurden im Rahmen Ihres Ressorts bereits gesetzt?
- 2) Welche Maßnahmen zum Schutze von Nichtraucherern ergreifen Sie dort, wo sich ein allgemeines Rauchverbot noch nicht durchsetzen ließ?

*) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung mit Ausnahme des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfragen wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO Abstand genommen.

- 3) In welcher Art und Weise erfolgt die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, um
- a. den Schutz der Nichtraucher vor Indoor Pollution zu verbessern,
 - b. das allgemeine Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden durchzusetzen?